



NIEDERSCHRIFT

Gremium	Finanz- und Wirtschaftsausschuss
Sitzungsnummer	17. Sitzung
Datum	Dienstag, den 06.11.2007
Sitzungsbeginn	18:05 Uhr
Sitzungsende	21:15 Uhr
Sitzungsort	Sitzungsraum Nr. 003/004 des Neuen Rathauses

Anwesend waren:

vom Gremium:

Ausschussvorsitzender Heyer,	CDU
Stadtverordnete Donges-Herbel,	SPD
Stadtverordnete Droß,	SPD
Stadtverordneter Kleber,	SPD
Stadtverordneter Wagner,	SPD
Stadtverordneter Breidsprecher,	CDU
Stadtverordneter Hedderich,	CDU
Stadtverordneter Dr. Viertelhausen,	FW
Stadtverordneter Michalek, (i. V. f. Stv. Borchers)	B90/Grüne
Stadtverordneter Meißner, (i. V. f. FrkV Dr. Bürger)	FDP

vom Magistrat:

Oberbürgermeister Dette,	FDP
--------------------------	-----

von der Verwaltung:

Herr Gürsch, Büro des Magistrats	ohne
Herr Göbel, Amt für Informationstechnik	ohne
Herr Bauer, Kämmerei	ohne
Frau Simon, Kämmerei	ohne
Herr Preiß, Rechtsamt	ohne
Herr Becker, Jugendamt	ohne

vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Frau Hirschfelder, als Schriftführerin
Frau Häuser

ferner waren anwesend:

Stv. Cloos, CDU
Stv. Wolf, FDP
Herr Spiegelhalter, Wetzlarer Festspiele
Herr Marcos, Wetzlarer Festspiele
Herr Le Blanc, Phantastische Bibliothek

entschuldigt fehlte:

FrkV Lefèvre, FW

AV H e y e r eröffnete die Sitzung, begrüßte die Anwesenden und stellte fest, dass gegen die Form und Frist der Einladung keine Einwendungen erhoben wurden und dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

T a g e s o r d n u n g:

Öffentlicher Teil :

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 20.09.2007

TOP 2

0647/07

Wetzlarer Festspiele e. V.

Zuschuss

I/262

TOP 3

0654/07

**Einrichtung einer zweckgebundenen Rücklage
für die Wetzlarer Festspiele**

I/263

- a b g e s e t z t -

TOP 4

0601/07

**Grundsatzbeschluss zur Führung der Haushaltswirtschaft
nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung**

I/265

TOP 5

0639/07

Optikparcours Wetzlar

I/260

TOP 6

0607/07

Jugendhilfeausschuss

Satzungsänderung

I/246

TOP 7

0597/07

Städtische Liegenschaften

Steigerung der Energie-Effizienz

I/238

TOP 8

0589/07

**Beurteilung der städtischen Liegenschaften
auf der Basis des „Energiepasses Hessen“**

I/236

- a b g e s e t z t -

TOP 9

0648/07

Sozialer Dienst der Stadt Wetzlar

Beschaffung von Software

Überplanmäßige Ausgabe

I/261

TOP 10

0625/07

Grundschule Hermannstein

Planungskonzept für die Philipp-Schubert-Schule

I/249

- a b g e s e t z t -

TOP 11

0611/07

Wohnen und Arbeiten in Wetzlar

I/244

TOP 12

0626/07

Verbesserung des Angebotes für Reisemobilisten

Prüfungsauftrag

I/250

- a b g e s e t z t -

TOP 13

0616/07

Umbau des Ev. Gemeindehauses Niedergirmes zum Nachbarschaftszentrum

Vertrag

I/256

Mitteilungsvorlage

TOP 14

0551/07

**Umrüstung von Lichtsignalanlagen auf energiesparende LED-Technik
im Stadtgebiet Wetzlar**

I/255

Mitteilungsvorlage

TOP 15

Verschiedenes

A b w i c k l u n g der Tagesordnung:

TOP 1

Mitteilungen, Anfragen, Niederschrift vom 20.09.2007

Mitteilungen

OB D e t t e informierte über folgende Sachverhalte:

Feuerwehrhauptstützpunkt/
überplanmäßige Ausgaben

Im Untergeschoss des Stützpunktes im Bereich der Atemschutzstrecke seien Feuchtigkeitsschäden durch eine defekte Entwässerungsanlage aufgetreten. Die Beseitigung mache eine überplanmäßige Haushaltsausgabe erforderlich, die den Ausschussmitgliedern in der nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt werden solle.

Philipp-Schubert-Schule und
Erich-Girolstein-Schule

Der Lahn-Dill-Kreis plane, die beiden Schulen am bisherigen Standort in Hermannstein zu errichten, da eine Realisierung auf dem Gelände der Steinschule aus bauplanrechtlichen

Gründen nicht möglich sei. Die Stadt Wetzlar werde ergänzende Planungen hinsichtlich der Einbeziehung der Fläche Bauhof Nord vornehmen. Bis Ende 2007 solle eine Entscheidung über eine Planungsvariante getroffen werden. Auf Frage von Stv. K l e b e r, wann der Kooperationsvertrag zwischen Lahn-Dill-Kreis und Stadt Wetzlar abgeschlossen werden könne, erwiderte OB D e t t e, dass nach Festlegung der Planungsvariante eine grundsätzliche Vereinbarung getroffen werden solle.
(siehe Presseinformation als Anlage)

Pestalozzischule

Nutzung der neuen Turnhalle

OB D e t t e teilte mit, dass eine Nutzung in der Woche unstrittig sei, dagegen sehe der Lahn-Dill-Kreis keinen Wochenendbedarf. Die Stadt berufe sich aber auf eine Vereinbarung mit dem Lahn-Dill-Kreis, wonach eine Nutzung gewährleistet werden solle. Falls keine Einigung erzielt werden könne, werde eine Feststellungsklage erhoben.

Wetzlarer Verkehrsbetriebe

Der Antrag, die Verkehre für Buslinien im Stadtgebiet den Verkehrsbetrieben auferlegen zu können, sei vom RP abgelehnt worden. OB D e t t e begründete dies damit, dass der Beweis, bei den Verkehrsbetrieben handele es sich um einen durchschnittlich wirtschaftlich gut geführten Betrieb, nicht ausreichend geführt worden sei. Der Aufsichtsrat der Verkehrsbetriebe werde gegen den Bescheid gerichtlich vorgehen, insbesondere im Hinblick auf eine neue EU-Richtlinie zur Auferlegung der Verkehre, die allerdings erst ab 2009 Gültigkeit erlange. Stv. B r e i d s p r e c h e r fragte nach der Möglichkeit einer Inhouse-Vergabe und wann eine europaweite Ausschreibung terminlich anstehe.

Herr T h i e l m a n n berichtete, dass die Verkehrsbetriebe 2007 erstmals seit Jahren wieder Gewinne erzielen und parallel dazu eine Schuldentilgung von 9 Mio. € auf 4,5 Mio. € vorgenommen hätten. Auf Grund gerichtlicher Urteile gebe es jedoch keine direkten Vergaben der Verkehre an Unternehmen, die zugleich Bustouristik anbieten. Die Entscheidung des RP würde bedeuten, dass 100 Arbeitsplätze im ÖPNV aufgegeben werden müssten. Daher wolle der Aufsichtsrat Klage gegen den Bescheid einlegen. Eine Inhouse-Vergabe sei nicht möglich, auch wenn § 13 PbefG vorsehe, dass eigenwirtschaftliche Betriebe die Auferlegung der Verkehre beantragen können. Ein finanzieller Ausgleich aus dem eigenen Unternehmen, wie die Stadt Gießen dies vorgenommen habe, sei nicht erlaubt. Ein solcher Querverbund sei europarechtlich nicht haltbar, da es sich danach um eine verdeckte Subvention handele. Wetzlar habe daher bewusst keinen Querverbund geschaffen. Das eigentliche Problem sei, dass trotz aller Anstrengungen die Wetzlarer Verkehrsbetriebe mit den privaten Unternehmen nicht mithalten können.

BBT

Investitionen im Dillfeld

Die Firma BBT plane im Dillfeld die Errichtung eines von insgesamt sieben Zentrallagern mit 200 bis 250 Arbeitsplätzen. Ein Rücktrittsrecht der Firma hinsichtlich des Grundstückes sei bis zum heutigen Datum nicht wahrgenommen worden erklärte OB D e t t e auf Frage des FrkV M i c h a l e k.

Anfragen

Verkauf von Buderus Guss

Auf Frage von Stv. B r e i d s p r e c h e r erläuterte OB D e t t e, dass das eigenständige Unternehmen Buderus Guss in zwei unterschiedliche Unternehmen gegliedert werden solle, wobei ein Teilbereich an einen anderen Investor gehe. Details seien ihm aber ebenfalls nicht bekannt. Von der geplanten Maßnahme seien ca. 300 Arbeitsplätze betroffen.

Bebauung Haarplatz

Auf Frage von Stv. D r o ß erklärte OB D e t t e, dass der Investor zur Zeit die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen prüfe. Er gehe davon aus, bis Ende 2007 ein endgültiges Ergebnis zu erhalten.

Verlagerung des Stadtbetriebsamtes

Stv. W a g n e r erkundigte sich nach dem aktuellen Sachstand, da ursprünglich die Grundstücksvorlagen zur Verlagerung für diesen Geschäftsgang angekündigt worden seien. OB D e t t e legte dar, dass die Firma Leica die Leica-Welt losgelöst von der Produktion errichten wolle, so dass ein größerer Zeitrahmen für die Verlagerung entstanden sei. Die Untersuchung der drei Standorte hinsichtlich Topographie und die dadurch entstehenden Kosten würden in der nächsten Sitzung zur Beratung vorgelegt. Er bestätigte auf Nachfrage von Stv. W a g n e r, dass diese baufachliche Prüfung als eigenständiger Auftrag von einem Architekten durchgeführt werde.

Unterstützung und Mitwirkung eines Gründerzentrums in Wetzlar. Drucks.-Nr. 0537/07 - I/225

Stv. W a g n e r erinnerte an den von der SPD vorgelegten Fragenkatalog und erklärte, dass die SPD keine Antworten von Herrn Schöber, sondern vom Magistrat erwarte. OB D e t t e erwiderte, dass die Abarbeitung der Fragen nur unter Mitwirkung von Herrn Schöber erfolgen könne.

Niederschrift vom 20.09.2007

Die o. g. Niederschrift wurde ohne Einwendungen genehmigt.

**TOP 2
0647/07
Wetzlarer Festspiele e. V.
Zuschuss**

OB D e t t e führte aus, dass 2007 durch die schlechte Witterung Einnahmeausfälle entstanden seien. Der Verein, der im Auftrag der Stadt tätig sei, könne seine Arbeit nicht ohne den Ausgleich des Defizits fortsetzen. Die Kulturausschussmitglieder hätten sich zur Schärfung des Festspielprofils auf einen Dialog mit dem Vorstand und der neuen Intendantin über Rahmenbedingungen und künstlerischen Anspruch verständigt. Diese Intention komme durch die Beschlusstextänderung in Ziffer 2 zum Ausdruck (siehe Anlage). Die Gespräche sollen losgelöst vom Programm 2008 stattfinden. Ein Antrag von Kulturausschussvorsitzenden Tschakert, den finanziellen Ausgleich als Darlehen zur Verfügung zu stellen, sei abgelehnt worden. Ein Darlehen würde den Verein auch nur unnötigerweise in seiner Gestaltungs- und Handlungsfreiheit einschränken. Zudem sei den Vorstandsmitgliedern als ehrenamtlich Tätigen ein finanzielles Risiko nicht zumutbar. Letztmalig habe der Verein 2003 einen Sonderzuschuss von der Stadt erhalten.

Stv. K l e b e r verwies darauf, dass 2003 bereits ein Beirat installiert werden solle, der aber von der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden sei. Er kritisierte das insgesamt schlechte Programm in diesem Jahr und die zeitgleiche Inszenierung des Festspielintendanten in Braunfels. So etwas sollte seiner Ansicht nach vertraglich ausgeschlossen sein. Auch kritisierte er das zeitgleiche Stattfinden einer Veranstaltung am Weinfest. OB D e t t e erwiderte, dass der Festspielvorstand ebenfalls von dem Verhalten des Intendanten überrascht worden sei. Ein Konkurrenzklause sei aber vertraglich nicht geregelt gewesen. Eine fristlose Kündigung sei ebenfalls ausgeschlossen, da es sich um die letzte Saison des Intendanten gehandelt habe. Zum Weinfest merkte er an, dass der Festspielverein nur beschränkt Termine auswählen könne, da die Stadthalle als Ausweichspielort zur Verfügung stehen müsse.

Herr S p i e g e l h a l t e r betonte, dass bereits ein Programmentwurf vorliege, es würden allerdings vor Klärung des Defizits keine Verträge unterzeichnet. Der Vertrag mit dem früheren Intendanten sei von seinem Vorgänger geschlossen worden und das Fehlen einer Konkurrenzklause habe auch ihn überrascht. Die neue Intendantin, Frau Grundmann, inszeniere nicht selbst, so dass hier keine Bedenken entstehen. Er widersprach Stv. Kleber hinsichtlich der Qualität des Programmes, da einige Veranstaltungen aus Gründen, die nicht im Verantwortungsbereich des Vorstandes lagen, ausfallen mussten.

Auf Frage von Stv. B r e i d s p r e c h e r nach der Änderungsempfehlung des Kulturausschusses erläuterte OB D e t t e, dass dies keine ständige Einrichtung werden solle. Vielmehr solle der Dialog über Rahmenbedingungen und Programmgestaltung mehr Transparenz bewirken. Stv. W a g n e r setzte sich dafür ein, für die Festspiele mehr Sicherheiten zu schaffen, z. B. mit einer Budgetgestaltung. FrkV M i c h a l e k verwies auf den Antrag der Grünen, der eine Budgetbildung vorsehe. Er beließ den Antrag jedoch im Geschäftsgang, da der Kulturausschuss noch nicht darüber beraten und abgestimmt habe.

Auf Frage von Stv. D r o ß legte Herr S p i e g e l h a l t e r dar, dass der Vertrag mit der künstlerischen Leiterin auf drei Jahre geschlossen sei und sich automatisch um ein Jahr verlängere, wenn kein Kündigung erfolge. Stv. K l e b e r erinnerte daran, dass die Festspiele auch für Personen mit geringem Einkommen erschwinglich sein sollten. OB D e t t e erklärte auf Frage von Stv. W a g n e r, die Möglichkeit einer zweckgebundenen Rücklage prüfen zu wollen.

Abstimmung über Ziffer 1 und 2: 6.0.4

TOP 3

0654/07

Einrichtung einer zweckgebundenen Rücklage für die Wetzlarer Festspiele

Die Vorlage verblieb im Geschäftsgang.

TOP 4

0601/07

Grundsatzbeschluss zur Führung der Haushaltswirtschaft nach den Grundsätzen der doppelten Buchführung

OB D e t t e erläuterte, dass der Grundsatzbeschluss sich auf die Doppik beziehe, da eine erweiterte Kameralistik zu kompliziert und einen zu großen Aufwand erforderlich machen. Er kündigte zu diesem Thema Fortbildungsveranstaltungen für alle Stadtverordneten an. Stv. W a g n e r hinterfragte die Notwendigkeit eines Grundsatzbeschlusses und schlug die Änderung der Hauptsatzung vor. OB D e t t e erwiderte, dass die Notwendigkeit der Änderung der Hauptsatzung ab 2009 erforderlich sei, während 2008 noch die Kameralistik gelte. Auf Grund der Bedeutung des Vorganges wolle der Magistrat zunächst einen Grundsatzbeschluss herbeiführen.

Auf Frage von Stv. B r e i d s p r e c h e r nach dem Zusammenhang der demographischen Entwicklung laut Begründung erklärte OB D e t t e, dass dieser nicht unmittelbar vorliege, aber natürlich auf unterschiedlichen Ebenen berührt werde. Davon losgelöst werde der Ressourcenverbrauch und die Kosten durch eine handlungsfähigere Software überschaubarer. FrkV M i c h a l e k erklärte, die Begründung sei nicht einleuchtend und auch die Beispiele nicht zutreffend. Er kritisierte die Einführungsveranstaltung der Firma Schüllermann als nicht geeignet für Personen, die mit der Materie nicht vertraut seien. Die Aussage hinsichtlich der Software bezeichnete er als weder logisch noch zutreffend. Er werde sich heute der Stimme enthalten. OB D e t t e hielt dementgegen, dass den gesetzlichen Rahmenbedingungen gefolgt werden müsse und eine Software, die beide Segmente der Doppik und der Kameralistik vollständig aufzeige, sehr teuer sei. FrkV M i c h a l e k kritisierte, dass die Stadt Wetzlar häufig Software anschaffe, die nicht den Bedürfnissen entspreche. Er begrüße das Angebot zu Fortbildungen. Diese sollten aber konkret und praxisbezogen gehalten sein.

Abstimmung: 9.0.1

TOP 5

0639/07

Optikparcours Wetzlar

OB D e t t e erläuterte die Änderungsempfehlung des Kulturausschusses (siehe Anlage). Eine Standortklärung müsse aber bald erfolgen, da die Mittel aus der Ziel II-EU-Förderung bis spätestens Mitte 2008 abgewickelt sein müssen.

Stv. Dr. V i e r t e l h a u s e n bat um vorherige Prüfung, ob die Grünflächen bei der

Pontonbrücke nicht vom THW zur Auf- und Abschlagung der Brücke benötigt werden. FrkV M i c h a l e k verwies auf Seite 3, wonach zwei Ersatzinstallationen vorgesehen seien. Zudem sei die Sponsorenfrage für zwei Objekte, den Sonnenkocher und der Wasserorgel, noch nicht geklärt. Seiner Ansicht nach müsste die Einbindung der Ersatzinstallationen geprüft werden. Laut OB D e t t e würden bereits weitere Sponsoren angesprochen. Insgesamt sei eine Gewinnung von Sponsoren einfacher, wenn die Standortfragen geklärt seien.

Stv. M e i ß n e r sprach sich gegen den Initiativantrag von Stv. Chr. Schäfer aus (siehe Anlage). Einem Antrag auf Installierung eines Brunnen werde er ebenfalls nicht zustimmen. OB D e t t e wies darauf hin, dass die betroffenen Anlieger keine Einwendungen gegen die Installation vorgebracht hätten. Zudem bestehe der Sponsor auf die Anbringung der Installation in der Innenstadt. Stv. C l o o s berichtete aus dem Bauausschuss, wonach in der Hofstatt bis 1970 eine Brunnenanlage in Betrieb gewesen sei. Es bestehe nun die Möglichkeit, den Platz historisch wieder herstellen zu können. Auch sei der Gastronom - laut Informationen von Stv. Chr. Schäfer - tatsächlich nicht positiv gegenüber der Installation eingestellt. FrkV M i c h a l e k verwahrte sich dagegen, dass der Denkmalbeirat, der nicht das bestimmende Gremium, sondern nur ein beratendes Gremium des Magistrates sei, versuche, alles zu bestimmen und nur historisierend tätig werde. So etwas werde seiner Ansicht nach in Wetzlar nicht benötigt.

Stve. D r o ß drang darauf, die Vorlage und die Festlegung der Standorte auf den Weg zu bringen. Die Standorte seien im Konsens mit dem Arbeitskreis und den Sponsoren festgelegt worden. Stv. Schäfer hätte seinen Vor-schlag im Vorfeld dem Arbeitskreis vorlegen müssen. Stv. W o l f vertrat die Ansicht, dass die Installation sich gut in die Hofstatt einpasse und betonte, dass die Anlieger, Gastronomen und Herr Knell ebenfalls mit der Installation einverstanden seien. Auf Frage der Stv. D r o ß nach der Versicherung der Objekte legte OB D e t t e dar, dass der Verein in Kooperation mit der Stadt Wetzlar die Versicherungsprämie leisten werde. Wartungstätigkeiten seien individuell mit den jeweiligen Sponsoren zu vereinbaren.

Abstimmung über den Initiativantrag: 0.10.0

Abstimmung über den durch den Kulturausschuss geänderten Antrag: 10.0.0

TOP 6

0607/07

Jugendhilfeausschuss

Satzungsänderung

OB D e t t e verwies auf die Ergänzung der Vorlage (siehe Anlage).

FrkV M i c h a l e k erkundigte sich nach dem Mindestalter der Vertreter des Jugendhilfeausschusses. Er habe Bedenken gegen Jugendliche unter 18 Jahren. OB D e t t e sagte eine Prüfung bis zum Ältestenrat am 07.11.2007 zu.

Abstimmung: 10.0.0

TOP 7
0597/07
Städtische Liegenschaften
Steigerung der Energie-Effizienz

Keine Wortmeldungen.

Abstimmung mit der Änderungsempfehlung des
Umweltausschusses (siehe Anlage): 10.0.0

TOP 8
0589/07
Beurteilung der städtischen Liegenschaften
auf der Basis des „Energiepasses Hessen“

Die Vorlage verblieb im Geschäftsgang.

TOP 9
0648/07
Sozialer Dienst der Stadt Wetzlar
Beschaffung von Software
Überplanmäßige Ausgabe

Stv. **W a g n e r** hinterfragte die Antragstellung durch eine Fraktion, da die Initiative von der Verwaltung hätte ausgehen müssen. Weiterhin fragte er nach der Aussage des Organisationsgutachtens. OB **D e t t e** erläuterte, dass die Anmeldung des Fachamtes vom Rechnungsprüfungsamt nach einer kostengünstigeren Lösung überprüft worden sei. Durch diese Prüfung konnte die Mittelanmeldung nicht mehr im Nachtragshaushalt aufgenommen werden. Die antragstellende Fraktion habe aufgrund eines Hinweises von Bgm. Lattermann den Sachverhalt als wichtige Angelegenheit aufgenommen. Damit sei die CDU einer Vorlage des Magistrates nur zuvorgekommen.

Stv. **B r e i d s p r e c h e r** erklärte, dass seiner Ansicht nach eine behauptete Personalersparnis durch die Software nicht realistisch sei. Diese Einschätzung wurde von FrkV **M i c h a l e k** geteilt. Herr **B e c k e r** legte dar, dass die Organisationsuntersuchung eine Optimierung der Prozesse aufgezeigt habe. Der Zugriff von ASD, Jugendgerichtshilfe und wirtschaftlicher Jugendhilfe sowie Controlling unterstütze die genaue Planung von Bedarfen in der Jugendhilfeplanung. Stv. **W a g n e r** erklärte ausdrücklich, dass die SPD nicht gegen die Beschaffung, sondern sich gegen das Verfahren ausspreche. Stv. **M e i ß n e r** fragte, warum eine Bezahlung noch in 2007 erfolgen müsse. OB **D e t t e** erläuterte, dass ohne Bereitstellung der Mittel keine Ausschreibung erfolgen könne. Neue Haushaltsmittel würden aber erst nach der Haushaltsgenehmigung des RP zur Verfügung stehen und dass sei evtl. erst Mitte nächsten Jahres.

Abstimmung: 10.0.0

TOP 10

0625/07
Grundschule Hermannstein
Planungskonzept für die Philipp-Schubert-Schule

Die Vorlage verblieb im Geschäftsgang.

TOP 11
0611/07
Wohnen und Arbeiten in Wetzlar

OB D e t t e zeigte auf, dass die Stadt relativ wenig Flächen in Eigentum habe, so dass ein Energiekonzept zum jetzigen Zeitpunkt wenig sinnvoll sei. Im Rahmen der Ausschreibung der Wohnblöcke des Bundesvermögensamtes hätten sich drei Unternehmen beworben, die die Wohnungen modernisieren wollen. Stv. C l o o s berichtete aus dem Bauausschuss, dass das Presbyterium Garbenheim seine Grundstücke nicht veräußern wolle. OB D e t t e bestätigte, dass ein Kaufangebot der Stadt vom Presbyterium bislang abgelehnt worden sei.

FrkV M i c h a l e k erklärte, dass er den Antrag wegen der fehlenden Realisierungsmöglichkeit nicht mittragen werde. Stv. B r e i d s p r e c h e r sprach sich gegen Ziffer 2 aus, da dadurch dem Magsitrat zu viel aufgebürdet werde. Stv. C l o o s berichtete, dass die Wohnungsgesellschaften eine Übernahme der Wohnungen des Bundesvermögensamtes als zu groß und damit als unwirtschaftlich abgelehnt hätten. Stv. W a g n e r führte aus, dass die Bereitstellung von Wohnraum im Zusammenhang mit dem Leitzpark sinnvoll und attraktiv sei. Er warb um Zustimmung für den Antrag, der für eine sinnvolle Stadtentwicklung stehe. Die Stadt sollte daher weiterhin konstruktiv mit den Eigentümern in Verhandlungen treten, um eine Realisierung herbeizuführen. Dabei sei ihr keine Frist vorgegeben.

Abstimmung: 4.5.1

TOP 12
0626/07
Verbesserung des Angebotes für Reisemobilisten
Prüfungsauftrag

Die Vorlage verblieb im Geschäftsgang.

TOP 13
0616/07
Umbau des Ev. Gemeindehauses Niedergirmes zum Nachbarschaftszentrum
Vertrag

FrkV M i c h a l e k wandte sich gegen die seiner Ansicht nach unpräzise Formulierung in § 4 aus. Dort sei nur von Einvernehmen die Rede. Insgesamt sei die Regelung zu unklar belassen worden. OB D e t t e betonte, dass das Programm auf 25 Jahre ausgelegt sei und verwies auf die nächsten Zeilen von § 4, wonach bei Nichtzustandekommen einer Einigung ein Sachverständigengutachten verbindlich anerkannt werde. Das sei für den Magistrat ausreichend. FrkV M i c h a l e k erinnerte an den Hospitalvertrag und äußerte nochmals seine Skepsis hinsichtlich unklar gehaltener Endbestimmungen eines Vertrages von solch langer Zeitdauer.

Stv. W a g n e r merkte an, dass ein Vorlegen des Vertrages in den Gremien vor Unterzeichnung angebracht gewesen wäre und fragte nach der Stellung des gemäß § 1 Abs. 5 zu installierenden Beirates. Der Beirat solle - nach Auskunft von OB D e t t e - die Nutzung des Nachbarschaftszentrums begleiten und sicherstellen. Der Personenkreis des Beirates sei noch nicht definiert.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 14

0551/07

Umrüstung von Lichtsignalanlagen auf energiesparende LED-Technik im Stadtgebiet Wetzlar

Keine Wortmeldungen.

Der Ausschuss nahm die Vorlage zur Kenntnis.

TOP 15

Verschiedenes

Keine Wortmeldungen.

Nachdem keine Wortmeldungen vorlagen, schloss AV H e y e r den öffentlichen und eröffnete den **nichtöffentlichen Teil** der Beratungen.